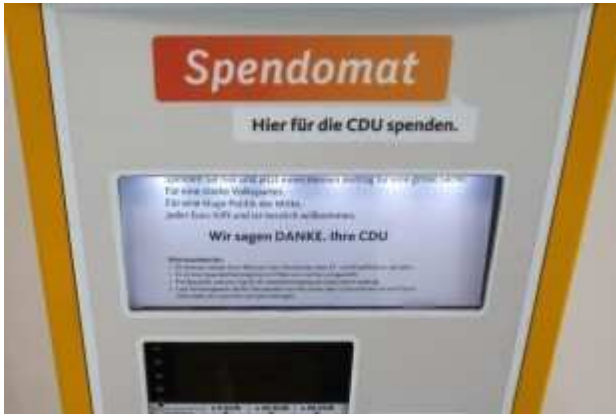


Parteienfinanzierung  6

## CDU hält mit 18 Millionen Euro den Spendenrekord



Mit ihrem "Spendomat", einem Kassenautomaten im Foyer des Konrad-Adenauer-Hauses, sammelt die CDU auch kleinere Beträge ein

Foto: dpa

**Die Christdemokraten haben im Jahr 2012 die meisten Parteispenden erhalten. Mit deutlichem Abstand folgt die SPD mit rund zehn Millionen Euro. Anti-Korruptions-Verbände fordern eine Systemreform.**

Die **CDU** hat mit gut 18 Millionen Euro im Jahr 2012 wieder die meisten Spenden unter den deutschen Parteien erhalten. Die **SPD** lag mit 10,5 Millionen Euro auf Platz 2, die Linke erhielt mit 1,9 Millionen Euro die niedrigsten Zuwendungen unter den etablierten Parteien. Das geht aus den Rechenschaftsberichten der politischen Parteien hervor, die der Bundestag veröffentlichte.

Knapp zwölf Millionen Euro der Spenden für die CDU flossen demnach von Bürgern ("natürliche Personen") an die Partei, sechs Millionen kamen von Firmen oder Vereinigungen ("juristische Personen"). Die SPD bekam knapp 8,6 Millionen Euro von Bürgern und knapp zwei Millionen von Firmen und Vereinigungen. An die **CSU** gingen 6,2 Millionen Euro. Die **FDP** erhielt 5,9 Millionen Euro an Spenden, die **Grünen** 3,9 Millionen.

Ein besonders freigiebiger Großspender war der

Verband der Bayerischen Metall- und Elektroindustrie mit 350.000 Euro an die CSU, 80.000 Euro an die FDP und jeweils 35.000 Euro an SPD und Grüne. Die Daimler AG spendete insgesamt 435.000 Euro an die genannten Parteien, BMW rund 412.000 Euro.

## Großspenden verdoppelten sich 2013

Das Portal "abgeordnetenwatch.de" machte darauf aufmerksam, dass nicht alle Spenden auf den ersten Blick klar zuzuordnen seien. So spendete die Deutsche Vermögensberatung der CDU 130.000 Euro. Nehme man Spenden aus deren Umfeld dazu, komme man allerdings auf 320.000 Euro.

Insgesamt gingen die Spenden zurück. 2011 hatte die CDU noch rund 21,8 Millionen Euro erhalten, die SPD rund 12,1 Millionen Euro, die FDP 6,6 Millionen Euro und die Grünen 4,9 Millionen.

Allerdings wurde bereits bekannt, dass sich die Großspenden an die Parteien im vergangenen Jahr mit der Bundestagswahl mehr als verdoppelt haben. Die meldungspflichtigen Zuwendungen stiegen von 1,46 Millionen Euro im Jahr 2012 auf rund 3,5 Millionen 2013. Nach dem Parteiengesetz gelten Überweisungen von mehr als 50.000 Euro als Großspenden. Sie müssen sofort veröffentlicht werden.

2013 war die CDU auch größter Profiteur solcher hohen Spenden, die auf der [Website des Bundestags](#) veröffentlicht werden. Sie erhielt rund 1,48 Millionen Euro, die CSU rund 710.000 Euro, die SPD 380.000 Euro. Die aus dem Bundestag geflogene FDP wurde mit 830.000 Euro bedacht. Die höchste Einzelspende erhielt die CSU vom Verband der Bayerischen Metall- und Elektroindustrie mit 565.000 Euro.

## "Eindruck von käuflicher Politik"

Mehrere gegen Korruption und Lobbyismus tätige Organisationen haben derweil strengere Regeln für Parteispenden gefordert. "Wenn ein Unternehmen, so wie geschehen, im Verborgenen Hunderttausende Euro an eine Regierungspartei spendet und im selben Jahr von einem Gesetz dieser Partei profitiert, dann muss dem ein Riegel vorgeschoben werden", erklärte der Geschäftsführer von "abgeordnetenwatch.de", Gregor Hackmack.

Das Portal kritisierte besonders die Möglichkeit, durch eine Stückelung von Parteispenden die Pflicht zur Offenlegung geraume Zeit zu umgehen. "Unternehmensspenden müssen hierzulande wie in Frankreich komplett verboten werden, nur so lässt sich dem Eindruck von käuflicher Politik entgegenwirken", verlangte Hackmack. Er wies darauf hin, dass Unternehmen ihren Eigentümern verpflichtet seien, Parteien dagegen dem Gemeinwohl.

In den Rechenschaftsberichten für 2012 finden sich zahlreiche Beispiele für gestückelte Spenden. Parteien müssen eine Spende nur dann unverzüglich im Internet veröffentlichen, wenn der Betrag von 50.000 Euro überschritten wird.

## Einnahmen aus Parteisponsoring "undurchsichtig"

Gegen die Möglichkeit zur Stückelung von Parteispenden, um Offenlegungspflichten zu umgehen, wandte sich auch die Organisation LobbyControl. "Undurchsichtig bleibt außerdem, wie viele Einnahmen die Parteien aus dem Parteisponsoring erzielen", erklärte LobbyControl-Campaignerin Christina Deckwirth in Berlin. Beim Sponsoring übernehmen Firmen beispielsweise die Finanzierung von Parteiveranstaltungen.

LobbyControl fordert, dass Spenden statt ab 10.000 Euro bereits ab 2000 Euro in den Rechenschaftsberichten der Parteien angezeigt werden müssen. Die Pflicht zur sofortigen Veröffentlichung solle ab 10.000 Euro statt ab 50.000 Euro gelten.

---

 **Kommentare** (6)

---

TEILEN



---

> **ALLE NACHRICHTEN**

---

> **NÄCHSTER ARTIKEL**

---

**Studie**  1

**Zahl der Kriege und gewaltsamen Konflikte steigt**

---

< **VORHERIGER ARTIKEL**

---